

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Lydia Klinkenberg
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Plenum vom 22. Februar 2016

Es gilt das gesprochene Wort!

GFV Dienststelle

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Mitglieder der Regierung,
werte Kolleginnen und Kollegen,

die Dienststelle ist eine der Vorbildorganisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Sie wurde 1990 aus der Taufe gehoben und ist mittlerweile zu einer gestandenen Lady herangewachsen.

Sie gibt den Menschen eine Lobby, die in unserer Gesellschaft gerne als „anders“ bezeichnet werden. Sie kennt ihre Belange. Sie weiß, worauf es in der Praxis ankommt.

Wie „anders“ man sein kann und wie sehr man behindert werden kann, erlebe ich tagtäglich wenn ich mit dem Kinderwagen unterwegs bin. Zu hohe Bordsteine, zu kleine Aufzüge, manche Geschäfte kann ich gar nicht erst betreten, weil die Treppen zu hoch oder die Gänge zu schmal sind. Dafür müsste ich mein Kind aus dem Kinderwagen herausholen. Was aber macht der Rollstuhlfahrer? Er hat keine Wahl. Ihm bleibt dieser Weg verschlossen.

Die Dienststelle ermöglicht Menschen mit einer Beeinträchtigung ein so selbständiges Leben wie eben möglich. Sie ist zentraler Ansprechpartner in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, leistet Sensibilisierungsarbeit und berät Betroffene und Angehörige von Erwachsenen und Kindern mit einer Beeinträchtigung, Sie sucht individuelle Lösungen.

Die Ermöglichung der Teilhabe an der Gesellschaft ist eine ihrer vorrangigsten Aufgaben: die Teilhabe an Aus- und Weiterbildung, am Berufsleben, an Sport und Kultur – ohne Hindernisse. Doch Barrierefreiheit ist leider – ich sagte es eben – in vielen Bereichen noch Zukunftsmusik, auch wenn in den letzten Jahren in der DG viel in diesem Bereich geschehen ist.

Und so wurde die Dienststelle im Rahmen der Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zum Focal Point ernannt, um eben diese - laut Konvention verpflichtende - Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen weiter voranzutreiben: per definitionem eine „Querschnittsaufgabe“.

Ein Handeln, das nicht nur eine enge Vernetzung der Dienste innerhalb der Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sondern ebenfalls mit Verantwortlichen im In- und Ausland erfordert.

Es kommt also nicht von ungefähr, dass die Herausforderungen im Rahmen der Umsetzung der UN-Konvention explizit im vorliegenden Geschäftsführungsvertrag vermerkt sind. Als weitere Herausforderungen werden die neuen Aufgaben aufgrund der sechsten Staatsreform und der Weiterentwicklung der Sozialökonomie für die verschiedenen Zielgruppen der Dienststelle genannt.

Autonomie/Selbstbestimmung, Vielfalt ist nicht nur etwas, was wir politisch anstreben, sondern auch und vor allem auf sozialer Ebene. Doch mit Sicherheit muss noch viel Sensibilisierungsarbeit geleistet werden, ehe Diversität/Anderssein als Chance angesehen wird, ehe ein selbstbestimmtes Leben trotz Beeinträchtigung in allen Bereichen möglich ist. Letztlich ist es aber eine Frage von Nicht-Diskriminierung, Respekt und Wertschätzung diesen Menschen gegenüber.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

der Geschäftsführungsvertrag trägt den vielfältigen Herausforderungen im Bereich der Menschen mit einer Beeinträchtigung Rechnung. Daher wird die ProDG-Fraktion dem vorliegenden Dokument zustimmen.

Zudem, Herr Minister, erwarten wir mit Spannung Ihren ersten Umsetzungsplan zur Umgestaltung der Dienststelle zu einer Einrichtung für selbstbestimmtes Leben, die in diesem Geschäftsführungsvertrag noch keine Erwähnung findet.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Lydia Klinkenberg
ProDG-Fraktion